

19.07.2018

Merkwürde Geschäftspolitik gefährdet Arbeitsplätze am Flughafen Köln/Bonn

Jüngst veröffentlicht das Handelsblatt, Ausgabe 18.07.2018, dass der Flughafen Köln/Bonn seltsame Geschäftspraktiken pflegt, um Billigairlines wie Ryanair und Eurowings bei guter Laune und am Flughafen Köln/Bonn zu halten.

Die Rede ist von **weit mehr als 100 Millionen Euro** (40 Millionen allein im Jahr 2017), die der Flughafen in den letzten Jahren als „Kick Back“ Zahlungen in Form von "Werbekostenzuschüssen" geleistet haben soll. Es geht scheinbar um **viel mehr** als die "branchenüblichen" Anreize, die für die Erschließung neuer Strecken auch anderswo gezahlt werden und auch legal sein können.

Es verschlägt einem die Sprache, wenn dann durch die Geschäftsführung parallel erklärt wird, der BVD sei defizitär und man müsse **dringend Einsparungen** -ebenfalls in Millionenhöhe- umsetzen und das **zu Lasten der dortigen Beschäftigten**.

Statt nun diejenigen an den Pranger zu stellen, die diesen Missstand aufgedeckt haben, erwarten wir die **lückenlose Aufklärung** dieser Vorgänge!

Offensichtlich werden einigen Airlines jahrelang Millionenbeträge gezahlt, damit diese unseren Flughafen ansteuern. Ganz ohne Zweifel hätte man das Geld besser in den **Erhalt der Infrastruktur** gesteckt. Diese Verträge mit einigen Airlines sind **unrentabel und subventioniert**. Die Argumentation, dass diese Praxis zur Beschäftigungssicherung geführt hat, muss erst einmal belegt werden.

Sofern sich dies bewahrheitet, sollen jetzt **Teile der Belegschaft** für dieses –auch noch unzulässige– Verhalten **bezahlen**. Beispielsweise sollen auch Befristungen unternehmensweit auslaufen, Stellen werden nicht mehr nachbesetzt und durch weitere Einschnitte im BVD soll –zu Lasten der Belegschaft– Geld eingespart werden. Wer kann noch garantieren, dass nicht auch noch weitere Überlegungen im Raume stehen, andere Bereiche unter die Lupe zu nehmen und Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten umzusetzen.

Das ist der Gipfel der Unverfrorenheit.

Wir fordern die Verantwortlichen auf, diesen Sachverhalt umgehend zu klären und selbstredend die Übernahme der 154 Mitarbeiter im BVD,

deren Schicksal derzeit ungewiss ist.